

Frank Kuschel

Sprecher für Kommunalpolitik

Telefon: 0361 / 377 26 19

Mobil: 0170 / 470 61 98

kuschel@die-linke-thl.de

an die Lokalredaktionen von **TA Arnstadt,**
TA Ilmenau und **FW Ilm-Kreis**

- per Mail -

Erfurt, 08.08.2008

Presseinformation

Öffentlichkeit und Verbraucherbeirat bleiben uninformiert

„Obwohl in der Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Arnstadt und Umgebung (WAZV) bedeutsame Entscheidungen zur Diskussion und Beschlussfassung anstanden, erfuhren darüber die Öffentlichkeit und der neu gebildete Verbraucherbeirat im Vorfeld nichts“, kritisiert der Kommunalpolitiker der LINKEN Frank Kuschel.

Dass am 7. August 2008 die Verbandsversammlung des WAZV in Ichtershausen tagte, erfuhr die Öffentlichkeit nur durch eine Kurzmitteilung in den örtlichen Tageszeitungen erst zwei Tage vorher. Welche Punkte dabei auf der Tagesordnung standen, wurde jedoch nicht mitgeteilt. Eine derart bürgerunfreundliche Informationspolitik des Zweckverbandes steht im krassen Widerspruch zu den Vorgaben der Thüringer Kommunalordnung. Das Gesetz schreibt vor, dass mindestens vier Tage vor der Sitzung die Öffentlichkeit auch über die Tagesordnung zu informieren ist. „Offenbar wollten die Verantwortlichen nicht, dass Bürger an der Versammlung teilnehmen und haben deshalb die Sitzung erst kurz vorher angekündigt und die Tagesordnung der Öffentlichkeit verschwiegen“, ist sich Frank Kuschel sicher. Dabei hatte der Zweckverband durchaus Erfreuliches zu beschließen, so die geplante Reduzierung der Wassergebühr um 14 Cent ab dem 1. Januar 2009.

Bei einigen Punkten waren die Bürgermeister allerdings sehr froh, dass nur wenige Gäste an der Verbandsversammlung teilnahmen. So konnte beispielsweise kaum bemerkt werden, dass die erforderliche Mehrheit für den Verbandswechsel der Gemeinde Neusiß zum Ilmenauer Zweckverband nicht zustande kam. Die Gemeinde Neusiß will den Arnstädter Zweckverband verlassen, weil die Wasserversorgung im Ort mangelhaft ist. Unbestritten spielen dabei auch die vom WAZV erhobenen Abwasserbeiträge, ohne dass bisher in Neusiß investiert wurde, eine Rolle.

Völlig überraschend und unverständlich beantragte der Bürgermeister der Stadt Arnstadt, Hans-Christian Köllmer (Pro Arnstadt), die Auflösung des Zweckverbandes. Vor wenigen Wochen hatte ein derartiger Beschlussantrag im Stadtrat nicht die Zustimmung gefunden. Mit dem Antrag will der Bürgermeister offenbar dem beantragten Bürgerbegehren zur Neustrukturierung des WAZV den Nährboden entziehen. Wie nicht anders zu erwarten lehnte die Verbandsversammlung den Auflösungsantrag ab. „Das Agieren des Bürgermeisters belegt erneut sein fragwürdiges Verständnis von direkter Bürgerbeteiligung“, meint der Politiker der LINKEN. Einerseits lehnt der Bürgermeister das Bürgerbegehren ab, andererseits stellt er ohne jegliche Begründung und Diskussionen einen formalen Antrag, verbunden mit der gleichzeitigen Aufforderung der Ablehnung.

Jedoch nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch der neu gebildete Verbraucherbeirat war über die Verbandsversammlung und deren Tagesordnung nicht informiert. Auf Nachfrage bestätigte

der Werkleiter des WAZV, dass nur der Vorsitzende des Verbraucherbeirates über den Sitzungstermin und die Beratungsgegenstände informiert war. Dieser sah sich jedoch auch nicht veranlasst, den Verbraucherbeirat zu informieren. „Der Vorgang bestätigt die Befürchtung, dass der Verbraucherbeirat von den Bürgermeistern tatsächlich nicht ernsthaft gewollt ist, sondern vielmehr nur als Alibi für eine vermeintliche Bürgerbeteiligung dienen soll“, ist sich Frank Kuschel sicher.

Wenn der Zweckverband den Verbraucherbeirat künftig nicht ernst nimmt und ihn in die Arbeit der Verbandsversammlung vor der Beschlussfassung bedeutsamer Entscheidungen einbezieht, ist dessen Existenz kritisch zu hinterfragen. „Die Bürgermeister haben erneut eine Chance zur bürgerfreundlichen Gestaltung der Verbandsarbeit vertan und damit dem Image des WAZV weiter selbst geschadet“, so Frank Kuschel abschließend.

Frank Kuschel
